

**SPD-Ratsfraktion Kiel**

Rathaus, Zimmer 376  
Fleethörn 9, 24103 Kiel

**Telefon** 0431 901-2527 oder -2528

**Fax** 0431 901-62540

**E-Mail** spd-ratsfraktion@kiel.de

**Veröffentlichung**

Kiel, 15.12.2022

**Rede von Ratsherrn Falk Stadelmann  
zum Haushalt 2023,  
Aufgabenfeld 3, Bereich Soziales,  
Antrag „Kieler Härtefallfonds in der Energiekrise“ (Drs. 1039/2022)**

**Ratsversammlung am 15.12.2022**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein tiefer Einschnitt für das friedliche Zusammenleben in ganz Europa. In der überfallenen Ukraine fliehen die Menschen vor Tod, Zerstörung und Hunger. Und der Westen reagiert zu Recht und abgewogen mit militärischer Hilfe zur Verteidigung und mit Sanktionen gegen Russland. Das ist notwendig und verhältnismäßig, um den Frieden hier bei uns zu sichern und in der Zukunft auch wieder in der Ukraine.

Die Folgewirkungen des Krieges und der Sanktionen für unsere Bevölkerung und für unsere Unternehmen, für unsere Arbeitsplätze sind schwerwiegend. Wir stehen vor großen Herausforderungen, vor allem vor sozialen und auch vor wirtschaftlichen Herausforderungen in unserem Land und in unserer Stadt. Fast alle Lebensbereiche sind von den steigenden Energiepreisen und der anhaltend hohen Inflation betroffen.

Seit Bundeskanzler Olaf Scholz das Wort von der „Zeitenwende“ im Anschluss an den russischen Überfall auf die Ukraine geprägt hat, sind die Prioritäten in der Politik neu geordnet und die Entscheidungsverläufe beschleunigt worden. Was früher unmöglich schien, wird heute im Eiltempo verhandelt und möglich gemacht. Die Koalition aus SPD, Bündnis'90/Die Grünen und FDP hat in dieser Krise bestehende Differenzen überwunden und eine Energiepreisbremse vereinbart, Energiepreispauschalen beschlossen, Einkommensteuer- und Abgabentlastungen für kleine und mittlere Einkommen auf den Weg gebracht, und eine Wohngeldreform und das neue „Bürgergeld“ anstelle der ehemaligen „Hartz IV-Leistung“ umgesetzt.

Auf der örtlichen Verwaltungsebene muss jetzt, in der „Zeitenwende“ und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, ebenfalls möglich gemacht werden, über was früher gesagt wurde „Das haben wir doch noch nie gemacht“. Auch hier ist Eile geboten. Die niedersächsische Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Weil hatte es noch in ihrer Zusammensetzung aus SPD und CDU vorgemacht und setzt es im Bündnis aus SPD und GRÜNEN fort: Dort sind kommunale Härtefallfonds eingerichtet, die in Ergänzung und nachrangig zu Maßnahmen des Bundes dabei helfen sollen, Strom- und Gassperren zu verhindern. Das Land Niedersachsen beteiligt sich auf der Basis von Konzepten der Kommunen oder der örtlichen Energieversorger zu einem Drittel an den Kosten solcher Härtefallfonds und finanziert dies mit beträchtlichen 55 Mio. Euro. Immerhin: In Schleswig-Holstein sind im Rahmen eines Entlastungspakets 5 Mio. Euro Landesmittel zur Abfederung sozialer Härten vorgesehen. Auf Kiel sollen rd. 550.000 Euro entfallen, wie eine Geschäftliche Mitteilung auf Drucksache 0892/2022 ausweist.

Umso wichtiger, dass die Stadt selbst aktiv wird. Mit dem vorgelegten Antrag auf Drucksache 1039/2022 fordern die Fraktionen von SPD und GRÜNEN den Oberbürgermeister auf, einen „Kieler Härtefallfonds“ einzurichten. Die erforderlichen 1 Mio. Euro sind bereits in die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses eingeflossen, die heute zur Abstimmung vorliegt. Denn aus der Energiekrise darf jetzt keine soziale Krise werden. Auch viele Menschen aus der Mittelschicht werden mit den hohen Energiekosten zu kämpfen haben. Ein Kieler Härtefallfonds gegen Gas- und Stromsperren kann dabei helfen, Unterstützung für diejenigen zu bieten, die in besondere Notlagen geraten und bei denen soziale Sicherungssysteme nicht greifen.

Immerhin: Der den Mitgliedern der Ratsversammlung mitgeteilte Runderlass der obersten Kommunalaufsichtsbehörde zu kommunalen Härtefallfonds vom 16. November 2022 steht einem solchen Ratsbeschluss wenigstens nicht entgegen. Der Oberbürgermeister und die zuständigen Dezernenten werden sich am Beispiel des „SPD und GRÜN-regierten“ Niedersachsens orientieren können – wo ja auch das Grundgesetz gilt (!), und wo in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz solche Härtefallfonds verwirklicht werden.

Ich fordere alle Mitglieder der Ratsversammlung auf, jetzt für die Haushaltsvorlage und die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu stimmen und entschlossen denen unter die Arme zu greifen, die derzeit am meisten unten den hohen Preisen leiden. So zeigen wir durch unser Handeln: Wir lassen niemanden allein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Notwendigkeit kommunaler Härtefallfonds ist im Spätsommer diesen Jahres von mehreren Fraktionen erörtert worden. Innerhalb der SPD-Fraktion bin ich damals zunächst mit einem Vorschlag nicht durchgedrungen, die Verwaltung zur Vorlage eines Antrages aufzufordern, der einen eigenen „Kieler Härtefallfonds“ vorsieht. Umso dankbarer bin ich, dass dieser letzte von mir initiierte Haushaltsbegleitantrag und dieser letzte von mir veranlasste Änderungsantrag, den ich nach über 16 Jahren Zugehörigkeit zur Kieler Ratsversammlung als Antragsteller unterzeichne, nun die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder dieses Hauses finden kann. Es geht jetzt nicht um Beifall für eine richtige Entscheidung. Sondern es geht um die richtige Politik für viele Menschen in Kiel, die im Winter vor existentiellen Herausforderungen stehen werden und von uns nicht allein gelassen werden.

Ich bitte um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses und zum Haushaltsbegleitantrag.